Unabhängige Tageszeitung
Amtsblatt
der Großen Kreisstadt
Vaihingen an der Enz

Amtsblatt des Landkreises
Ludwigsburg · Amtliches
Bekanntmachungsorgan
des Enzkreises

Postfach 1140
71654 Vaihingen an der Enz

VAIHINGER KREISZEITUNG

Der Enz-Bote

188. Jahrgang, Nr. 65 | Einzelpreis € 2,00 | Montag, 19. März 2018 | E 2676

Im Lokalteil

Vaihingen

Die Bürger haben entschieden

Das Vaihinger Enßle-Areal bleibt zunächst unverändert: Beim gestrigen Bürgerentscheid stimmten 4823 Wähler dafür, in den kommenden drei Jahren nicht in den Bebauungsplan einzugreifen. Für eine Änderung sprachen sich 3575 Menschen aus. Damit erreichten die Ja-Stimmen die geforderte Mehrheit und das Quorum. Seite 9.

Roßwag

Erwartung übertroffen

Der Strom der Hilfsbereitschaft riss am Sonntag in Roßwag einfach nicht ab. Zur Registrierungsaktion der DKMS für die Roßwagerin Simone gaben sich rund 800 Menschen aus dem Vaihinger Stadtgebiet sowie aus dem weiteren Umland buchstäblich die Klinke in die Hand. Seite 11.

Horrheim

Jubiläumskonzert

Romantisch ging es am Samstagabend in der sehr gut besuchten Horrheimer Mettertalhalle zu. Anlässlich des 180. Jubiläums schauten die MGV Chöre dort – musikalisch gesehen – zuerst zurück auf ihre eigenen Anfänge, um dann die Brücke zur Gegenwart zu schlagen. Das alles unter dem Motto: „Der träumende See“. Mehr auf Seite 13.

Wir sind für Sie da

Aboservice
Telefon (0 70 42) 9 19-35
Mail: vertrieb@vkz.de

Anzeigenservice
Telefon (0 70 42) 9 19-40
Mail: anzeigen@vkz.de

Lokalredaktion
Telefon (0 70 42) 9 19-53
Mail: info@vkz.de

Sportredaktion
Telefon (0 70 42) 9 19-59
Mail: sport@vkz.de

Internet: www.vkz.de
www.facebook.com/VaihingerKreiszeitung

Wetter

Mittags 2°
Nachts –8°
Wechselnd wolkig und kalt, im Süden fällt Schnee

4 190267 602003 10812

Fame ist Mannschaft des Jahres

Zwölf Tage nach Ende der Leserwahl ist das Geheimnis gelüftet worden: Fame ist Mannschaft des Jahres. Bei der VKZ-Leserwahl entfielen 280 Stimmen auf die Formation der Vaihinger Tanzschule Rank, die im vergangenen Jahr bei der Hip-Hop-DM unerwartet den Titel gewonnen hat. VKZ-Verkaufsleiter Volker Blessing (rechts) überreichte am Freitagabend den Siegerpokal. Auf den Rängen folgten die A-Junioren-Fußballer des SV Illingen und die Wettkampfgymnastinnen des TV Sersheim. Seiten 18 und 19. Foto: Küppers

Putin als russischer Präsident wiedergewählt

Opposition meldet Hunderte Unregelmäßigkeiten

Von Inna Hartwich

MOSKAU. Russland hat unter dem Eindruck der schwersten Krise mit dem Westen seit Jahrzehnten seinen Präsidenten gewählt. Bereits in Umfragen steuerte Amtsinhaber Wladimir Putin (65) auf einen klaren Wahlsieg zu. Die Zentrale Wahlkommission teilte am Sonntagabend mit, bei einer teilweisen Stimmenauszählung habe Putin 71,9 Prozent erhalten. Spannend ist die Wahlbeteiligung – sie soll bei knapp 60 Prozent liegen. 70 Prozent waren vom Kreml in diesem als Wahl bezeichneten Referendum über den Amtsinhaber gewünscht – als Zeichen für den starken Rückhalt bei den Bürgern. Die Opposition beklagte Unregelmäßigkeiten bei der Abstimmung. Sie fand am vierten Jahrestag der Krim-Annexion statt, die Putins Popularitätswerte in die Höhe trieb.

Putin kann sich damit weitere sechs Jahre an der Macht sichern. Seine sieben Herausforderer waren chancenlos.

▸ Seite 2

Neuer Datenschutz: Firmen drohen ab 25. Mai hohe Bußen

Vor allem kleinere Unternehmen klagen über Kosten bei Umsetzung der neuen EU-Richtlinie

Es gibt kein Zurück mehr. Vom 25. Mai an gilt in ganz Europa ein einheitlicher Datenschutz. Die neue EU-Richtlinie belastet vor allem die kleineren Firmen im Land – viele verpassen die Frist.

Von Daniel Gräfe

STUTTGART. Vielen Firmen im Land drohen teils hohe Strafen, weil sie den neuen EU-weiten Datenschutz bis zum 25. Mai nicht umsetzen können. Das zeigt eine Umfrage unserer Zeitung bei Wirtschaftsverbänden und Kammern in der Region Stuttgart.

Demnach rechnet keiner der befragten Verbände damit, dass alle Mitgliedsfirmen bis zum Stichtag alle Anforderungen der sogenannten Datenschutz-Grundverordnung erfüllt haben. Der Handelsverband Baden-Württemberg schätzt, dass „deutlich weniger als die Hälfte“ der 10 000 Mitgliedsunternehmen rechtzeitig die neuen Datenschutzstandards praktizieren.

Laut einer branchenübergreifenden Studie des IT-Verbands Bitkom wird „nur eine Minderheit der Unternehmen in Deutschland alle Vorgaben fristgerecht umgesetzt haben“. Firmen müssen personenbezogene Daten besser schützen und ihre Verarbeitung genauer dokumentieren. Bei Verstößen drohen Bußgelder bis zu 20 Millionen Euro.

Landesdatenschützer Stefan Brink sagte unserer Zeitung: „Wer sich bis zum 25. Mai nicht erkennbar auf den Weg gemacht hat, geht ein erhebliches Risiko ein.“ Er schätzt, dass ein Bußgeld bei gravierenden Verstößen im Schnitt von bisher 10 000 bis 15 000 Euro auf 50 000 bis 100 000 Euro steigen werde.

Vor allem die kleineren und mittelgroßen Firmen im Südwesten klagen über die Kosten bei der Umsetzung der Verordnung, außerdem mangle es an verbindlicheren Praxishilfen. Für die Datenschutzbranche indes könnte die neue Verordnung als gewaltiges Konjunkturprogramm wirken.

Die Europäische Union wirbt damit, dass die Unternehmen mit dem neuen Datenschutz beim europaweiten Handel statt 28 Gesetzen nur noch ein einziges beachten müssten. Auf diese Weise würden sie EU-weit pro Jahr 2,3 Milliarden Euro einsparen.

Kommentar

Mehr Mumm

Umgang mit jungen Flüchtlingen im Land ist ziemlich halbherzig

Von Nils Mayer

Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl will noch einmal überprüfen, ob alle unbegleiteten minderjährigen Ausländer (Uma) im Südwesten auch erfasst sind. Zwar ist die Aktion sinnvoll, weil sie Aufschluss darüber gibt, ob das Zusammenspiel zwischen Ausländer- und Jugendämtern reibungslos funktioniert. Doch Fingerabdrücke und Fotos zu haben ist nur ein Aspekt beim Umgang mit den Uma.

Ein Problem bleibt: Viele der bereits erfassten Uma haben die Ausländerbehörden nie zu Gesicht bekommen. Die Altersbestimmungen der Jugendämter wurden ungeprüft übernommen. Dass diese nicht immer verlässlich sind, belegen inzwischen zig Beispiele. Wahrscheinlich ist deshalb, dass weitere Flüchtlinge einen Sonderstatus haben, obwohl ihnen dieser nicht zusteht.

Pro Uma gibt das Land durchschnittlich 5250 Euro im Monat aus. Strobl sagt zwar, es mache enorme Unterschiede im Strafrecht, bei der Unterbringung und der Abschiebung, ob einer 16 oder 22 ist. Doch solange er aus Rücksicht auf den grünen Koalitionspartner nicht durchsetzt, dass Ausländerbehörden einen prüfenden Blick auf alle 7150 Uma im Südwesten werfen, um mögliche Zweifelsfälle zu identifizieren und Röntgenaufnahmen zur Altersfeststellung zu machen, bleiben seine Worte heiße Luft. Es bräuchte mehr Mumm.

Längst gibt es einen Ultraschall-Handscanner, der zuverlässig erkennt, ob jemand volljährig ist. Anders als beim Röntgen stellt die Untersuchung auch keinen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit dar. Doch Grün-Schwarz fehlt dazu der politische Wille. Mit Blick auf Gerechtigkeit und Kosten für die Uma ist das nicht zu verstehen.

nils.mayer@stuttgarter-nachrichten.de

Experten rechnen mit mehr Menschen im Zeugenschutz

STUTTGART (dpa). Zeugenschutz ist eine heikle Sache. Genaue Zahlen dazu gibt es nicht. „In den vergangenen Jahren lag die Zahl der neuen Zeugenschutzfälle im ein- bis niedrigen zweistelligen Bereich“, teilte das Landeskriminalamt in Stuttgart mit. Das Programm hätten seit 1991 mehrere Hundert Personen durchlaufen. Das Bundeskriminalamt nannte auch keine Daten.

Bundesweit dürfte die Anzahl der Menschen im Zeugenschutz aber sicher in den letzten Jahren stark zugenommen haben. Ein Grund ist nach Expertenansicht, dass es zuletzt mehr Ermittlungen im Islamismusbereich gegeben hat. Die Höhe der genauen Ausgaben für den Zeugenschutz im Südwesten ist unbekannt. Im Haushalt des LKA wird der Posten nicht extra ausgewiesen.

▸ Seite 3

Sonne Frechheit

Das fängt ja gut an. Laut Kalender ist von Dienstag an Frühling, tatsächlich aber herrscht noch Winter. Beim Frühjahrsputz gefriert einem das Wasser im Eimer. Es klappert auch keine Mühle am rauschenden Bach, es klappern nur die Zähne. Laut Meteorologen ist Kaltluft aus dem Osten verantwortlich für die niedrigen Temperaturen, da wird wohl wieder dieser Putin dahinterstecken. Gegen die Kälte hilft nur, in Bewegung zu bleiben. Wer rastet, der frostet. Später werden uns die Meteorologen mal wieder sagen, dass dies der wärmste März seit Beginn der Aufzeichnungen gewesen sei. Diese Erderwärmung ist eine komische Sache. Apropos: In Berlin alles klar? Nicht dass unsere Politiker wieder in den Winterschlaf versinken. (rai)

Abschleppbetrug: bereits mehr als 100 Verdachtsfälle

STUTTGART (wdo). Die Affäre um mutmaßlich betrügerische Abschleppunternehmen, die ohne Auftrag auf eigene Rechnung vermeintliche Falschparker an den Haken nehmen, weitet sich aus. Nach den Razzien bei zwei Firmen in Stuttgart im Februar und März spricht die Stuttgarter Staatsanwaltschaft von mindestens 115 Verdachtsfällen.

Nach der Berichterstattung unserer Zeitung ermittelt die Polizei wegen des Verdachts des gewerbsmäßigen Betrugs und der Erpressung. Betroffene hatten ihre Fahrzeuge jeweils mit 250 Euro auslösen müssen, obwohl die Abschlepper ohne Auftrag auf Privatgrundstücken zugeschlagen hatten. Nun zeigt sich außerdem, dass offenbar auch auf Händlerparkplätzen bei Kunden zweifelhafte Methoden angewendet werden.

Land will junge Flüchtlinge vollständig erfassen

Exklusiv Lücken bei der erkennungsdienstlichen Registrierung? Sozial- und Innenressort stimmen Schreiben an Jugendämter ab

Von Nils Mayer

STUTTGART. Das Land will wissen, ob die 7150 unbegleiteten minderjährigen Ausländer (Uma), die derzeit in Baden-Württemberg leben, vollständig erfasst sind. Um mögliche Lücken zu finden, sollen Daten von Jugend- und Ausländerbehörden abgeglichen werden.

Innen- und Sozialministerium stimmen derzeit ein gemeinsames Schreiben an die Jugendämter ab, die sich um die Unterbringung und Versorgung der Uma kümmern. Beide Ministerien wollen um Unterstützung bitten, teilten sie unserer Zeitung mit. Wann das Schreiben versandt und die Aktion beginnen werde, stehe noch nicht fest.

Lücken können seit der ersten flächendeckenden Nacherfassung nur durch mangelhafte Absprachen zwischen Jugend- und Ausländerbehörden entstanden sein. Ob es welche gibt und wie groß sie sind, will vor allem Innenminister Thomas Strobl (CDU) klären. „Das Erfassen von Uma ist eine Daueraufgabe, da dürfen wir jetzt nach der ersten, übrigens erfolgreichen Runde nicht nachlassen“, sagte er gegenüber unserer Zeitung.

Bereits im vergangenen Jahr hatte das Land in einer aufwendigen Aktion die Daten der Uma abgeglichen. Mehrere der 46 Jugendämter in Baden-Württemberg wirkten damals aus Gründen des Sozialdatenschutzes erst nach wochenlangen Diskussionen mit. Am Ende wurden mithilfe des Landeskriminalamts und der regionalen Polizeipräsidien 1800 vermeintlich nicht erfasste Uma überprüft. Fast 1000 dieser Uma wurden erkennungsdienstlich behandelt. Das heißt, es wurden Fingerabdrücke genommen und biometrische Fotos geschossen. In 800 Fällen stellte sich heraus, dass die Uma registriert waren, es beim Übertrag der Personalien jedoch Schreibfehler gegeben hatte.

Das Überprüfen des Alters spielt bei den erkennungsdienstlichen Erfassungen nur eine untergeordnete Rolle.

▸ Kommentar